Kleine Anfrage

des Abg. Harald Pfeiffer AfD

und

Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Nachfrage zur Kleinen Anfrage „Folgen von Geothermiebohrungen speziell in Böblingen“ – Landtagsdrucksache 16/4583

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie sieht die beabsichtigte Qualitätssicherung in der Antwort auf Frage 1 der Kleinen Anfrage Drucksache 16/4583 aus, mit der sie verlorenes Vertrauen wieder zurückgewinnen möchte?
2. Welche Maßnahmen zur Rückgewinnung bzw. Attraktivitätssteigerung der Geothermie sind über eine Qualitätssicherung hinaus geplant?
3. Wieso bietet nach Ansicht der Landesregierung laut der Antwort auf Frage 10 der Kleinen Anfrage Drucksache 16/4583 ein Hilfsfonds gegenüber der Regulierung durch eine Versicherung keine Vorteile?
4. Wie sollen Schäden und Benachteiligungen ausgeglichen werden, die zwischen der Entstehung 2008 und der Regulierung, deren Zeitpunkt noch nicht bekannt ist, ausgeglichen werden?
5. Warum werden laut der Antwort auf Frage 3 der Kleinen Anfrage Drucksache 16/4583 ausschließlich Fündigkeitsrisiken bei der Tiefengeothermie abgedeckt und sonstige Schäden nicht?
6. Wieso erhöht sie nicht die Attraktivität und das Vertrauen in die Oberflächen-geothermie, indem Bohrschäden subsidiär abgesichert werden?
7. Hat das Landratsamt Böblingen einen Antrag beim Land Baden-Württemberg gestellt, die Kosten der Sanierung der schadhafte Erdwärmesonden vom Landkreis ersetzt zu bekommen?
8. Falls ja, in welcher Höhe wurden die Kosten ersetzt?

Eingegangen: 17. 10. 2018 / Ausgegeben: 26. 11. 2018

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

9. Falls nein, ist es geplant, einen solchen Antrag zu stellen?
10. Wie begründet das Landratsamt eine unmögliche Inanspruchnahme Dritter – wie in der Antwort auf Frage 8 der Kleinen Anfrage Drucksache 16/4583 ausgeführt?

15.10.2018

Pfeiffer AfD

Begründung

Der Fragesteller bezieht sich auf die Begründung zur Drucksache 16/4583 und nutzt die erneute Anfrage, um unverständliche Einzelpunkte der Antworten auf die Kleine Anfrage „Folgen von Geothermiebohrungen speziell in Böblingen“ – Drucksache 16/4583 noch einmal zu hinterfragen.

Antwort

Mit Schreiben vom 12. November 2018 Nr. 5-0141.5/646 beantwortet das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Wie sieht die beabsichtigte Qualitätssicherung in der Antwort auf Frage 1 der Kleinen Anfrage Drucksache 16/4583 aus, mit der sie verlorenes Vertrauen wieder zurückgewinnen möchte?*

Ein wesentlicher Baustein, um das verloren gegangene Vertrauen der Bevölkerung in die Geothermie wieder zurückzugewinnen, war die Einführung der „Leitlinien Qualitätssicherung Erdwärmesonden“ (LQS EWS), mit denen landesweit schon seit dem Jahr 2011 hohe Qualitätsstandards gesetzt werden. Nach zusätzlicher Einführung weiterer Bohrtiefenbegrenzungen in den Leitlinien und einer automatischen Überwachung des Abdichtungsvorgangs im Bohrloch ist kein weiterer Schadensfall bekannt. Außerdem fördert das Land zahlreiche Forschungsvorhaben mit dem Ziel, die Technologie weiter zu verbessern und damit Risiken zu reduzieren.

- 2. Welche Maßnahmen zur Rückgewinnung bzw. Attraktivitätssteigerung der Geothermie sind über eine Qualitätssicherung hinaus geplant?*

Neben den Maßnahmen zur Qualitätssicherung fördert das Land auch Forschungsprogramme, die Anwendungsmöglichkeiten der Geothermie erweitern oder genaueren Aufschluss über Reservoirs geben. Beispielsweise wird die Kühlung durch oberflächennahe Geothermie sowie die geothermische Speicherung von Wärme oder die Charakterisierung von tiefergeothermischen Reservoirs untersucht.

Darüber hinaus bietet das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg bei der Tiefengeothermie eine partielle Absicherung des Fündigkeitsrisikos an (siehe hierzu auch die Stellungnahme zu Frage 5).

Darüber hinaus plant die Landesregierung, zur besseren Information der Öffentlichkeit über zentrale Fragen der Geothermie beizutragen. Zudem ist ein Austausch zwischen Unternehmen und weiteren Akteuren im Bereich der Geothermie vorgesehen.

3. Wieso bietet nach Ansicht der Landesregierung laut der Antwort auf Frage 10 der Kleinen Anfrage Drucksache 16/4583 ein Hilfsfonds gegenüber der Regulierung durch eine Versicherung keine Vorteile?

In der Antwort auf Frage 10 der Kleinen Anfrage Drucksache 16/4583 wurde ausgeführt, dass die Einrichtung eines Hilfsfonds gegenüber der Schadensbegleichung durch die Versicherung keinerlei zeitliche Vorteile bringt. Inzwischen hat das Kabinett den Entwurf eines Nachtrags zum Haushalt 2018/2019 beschlossen, der eine Ermächtigung zum Rangrücktritt seitens des Landes gegenüber der Versicherung vorsieht. Nach Verabschiedung des Nachtrags zum Haushalt 2018/2019 durch den Landtag kann dann eine bevorzugte Befriedigung der privaten Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer durch die Versicherung erfolgen. Die Einrichtung eines Hilfsfonds wäre demgegenüber wesentlich aufwendiger und langwieriger.

4. Wie sollen Schäden und Benachteiligungen ausgeglichen werden, die zwischen der Entstehung 2008 und der Regulierung, deren Zeitpunkt noch nicht bekannt ist, ausgeglichen werden?

Der Ersatz etwaiger Schäden ist Sache des Verursachers respektive seiner Versicherung. Welche Schäden von der Versicherung im Einzelnen anerkannt werden ist nicht bekannt.

5. Warum werden laut der Antwort auf Frage 3 der Kleinen Anfrage Drucksache 16/4583 ausschließlich Fündigkeitsrisiken bei der Tiefengeothermie abgedeckt und sonstige Schäden nicht?

Ein besonderer Risikofaktor bei Projekten der Tiefengeothermie ist die erste Bohrung. Sie entscheidet, ob die für das Projekt notwendige Schüttung und Temperatur vorhanden sind und ist somit für die Fortführung des gesamten Projektes relevant. Die Fündigkeit ist daher ein erhebliches unternehmerisches Risiko. In Baden-Württemberg hat sich die Nutzung der Tiefengeothermie noch nicht weit etabliert, weshalb die Unsicherheiten hinsichtlich der ersten Bohrung eher noch größer sind.

Daher ist die partielle Absicherung der Fündigkeit ein Beitrag, um das unternehmerische Risiko abzumildern und soll daher ein Anreiz darstellen, um entsprechende Projekte in Baden-Württemberg umzusetzen.

Das Fündigkeitsrisiko (Tiefengeothermie) ist etwas grundlegend anderes als die Absicherung eines Schadensrisikos. Es geht bei der oberflächennahen Geothermie nicht um die „Fündigkeit“ der Bohrung bezogen auf eine Wärmequelle. Vielmehr geht es in Böblingen und andernorts um durch fehlerhaft ausgeführte Bohrungen verursachte Schäden.

6. Wieso erhöht sie nicht die Attraktivität und das Vertrauen in die Oberflächen-geothermie, indem Bohrschäden subsidiär abgesichert werden?

Es handelt sich hier typischerweise um versicherbare Schäden. Dementsprechend legt das Land Wert darauf, dass auf diesem Sektor tätige Unternehmen über eine entsprechende Versicherung verfügen (siehe Leitlinien Qualitätssicherung Erdwärmesonden – LQS EWS, Nr. 2.1). Es wäre rechtssystematisch bedenklich, wollte das Land im Sinne einer Ausfallversicherung tätig zu werden.

7. Hat das Landratsamt Böblingen einen Antrag beim Land Baden-Württemberg gestellt, die Kosten der Sanierung der schadhaften Erdwärmesonden vom Landkreis ersetzt zu bekommen?

Die Sanierungen wurden durch das Landratsamt in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium und dem Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau beim Regierungspräsidium Freiburg beauftragt und die Kosten dieser Sanierungen zunächst mit Mitteln des Landkreises beglichen. Für die beiden Quartiere I und II hat das Landratsamt Ende 2015 die Erstattung der Sanierungskosten gemäß den Vorgaben der Landkreisordnung beim Land beantragt. Ein entsprechender Kostenerstattungsantrag wird derzeit für das Quartier III vorbereitet.

8. Falls ja, in welcher Höhe wurden die Kosten ersetzt?

9. Falls nein, ist es geplant, einen solchen Antrag zu stellen?

Die Fragen 8 und 9 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Dem Landratsamt wurden bis heute Kosten in Höhe von knapp 3,0 Mio. Euro vorläufig erstattet (Quartier I: 1.421.954,34 Euro/Quartier II: 1.569.436,59 Euro).

10. Wie begründet das Landratsamt eine unmögliche Inanspruchnahme Dritter – wie in der Antwort auf Frage 8 der Kleinen Anfrage Drucksache 16/4583 ausgeführt?

Das Landratsamt Böblingen, das als untere Verwaltungsbehörde das Land Baden-Württemberg vertritt, prüft derzeit, ob und inwieweit die persönlichen Vermögensverhältnisse der Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer eine Kostenbeteiligung zulassen. Ein mögliches Prüfergebnis könnte sein, dass eine Inanspruchnahme wegen unverhältnismäßiger Grundrechtsbeeinträchtigung ausscheidet.

Untersteller

Minister für Umwelt,
Klima und Energiewirtschaft